

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

160 (13.7.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 1,70 Mk., Postbezug monatlich 1,80 Mk., Einzelnummer
und Belegblatt 70 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einspaltige Zeitzeile oder deren Raum 1 Mk., Reklamezeile
4 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorstellungen und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Beziger keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 160.

Donnerstag den 13. Juli 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Staatssekretär a. D. von Hünke soll zum Votschaffer
in Moskau ernannt werden.

Kapitänleutnant Killinger ist — sozialistischen Väter-
terstimmen zufolge — dem Untersuchungsrichter des
Staatsgerichtshofs überwiesen.

Der englische Vertreter des Entschädigungsausschusses
hat sich für ein Moratorium ausgesprochen.

Deutschlands Zahlung am 15. Juli wird statt 50
Millionen rund 32 Millionen Goldmark betragen.

Londoner Blätter melden, in Cork sei von den Irre-
gulären die Republik proklamiert worden. Man glaubt,
daß sich Devalera dort befindet.

Das Schutzgesetz im Reichstag.

Berlin, 12. Juli. Beginn der Sitzung 20 Uhr. Am Re-
gierungstisch Innenminister Dr. Koerber, Reichsjustizmini-
ster Dr. Radbruch.

Die Interpellation Dr. Stresemann (D.B.) über die Tu-
multe in Marburg wird, wie der Reichsjustizminister mit-
teilt, in der üblichen Frist beantwortet werden.

Angenommen wird der Gesetzentwurf zur Regelung von
Angelegenheiten der Sozialversicherung und des Arbeits-
rechts bei der Durchführung des Vertrags von Versailles.
Nach dem Versäumnis der Ratifizierung durch die fran-
zösischen Staat und anderen Staaten, an die Ge-
biete des Deutschen Reiches gefallen sind, einen Teil der für
Zwecke der Sozialversicherung angelagerten Reserven her-
anzugeben. Die Reichsregierung soll nun ermächtigt
werden, mit Zustimmung des Reichstags Vorschriften zur
Ausführung von derartigen Abkommen zu erlassen. Ferner
erhält sie die Ermächtigung, abweichend von den allge-
meinen Vorschriften die Sozialversicherung derjenigen Deut-
schen zu regeln, welche in den besetzten rheinischen Gebieten
bei den Besatzungsarmeen und der Rheinlandkommission
beschäftigt werden.

Sodann wird die zweite Lesung des
Gesetzentwurfes zum Schutze der Republik
fortgesetzt. Zunächst findet die Abstimmung über den grund-
legenden § 1 statt. Dieser lautet:

„Wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt,
zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer repu-
blikanischen Regierung des Reichs oder seiner Länder
durch den Tod zu beseitigen, wird mit Zuchthaus nicht
unter 5 Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus be-
straft. Ist in Verfolgung dieser Bestrebungen eine Tä-
tung begangen oder versucht worden, so wird jeder, der z.
Zeit der Tat an der Vereinigung oder Verabredung be-
teiligt war und ihre Bestrebungen kannte, mit dem Tode
oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.“

Der § 1 wird mit großer Mehrheit angenommen. Dage-
gen stimmen nur einige Deutschnationalen und die Bayer.
Volkspartei.

Die folgende Bestimmung lautet:

„Wer an einer Bestrebung aus § 1 verfolgenden Geheim-
verbindung teilnimmt (§ 1a), wird mit Zuchthaus bestraft.
Dagegen bleibt straffrei ein Teilnehmer, wenn er Anzeige
erstattet (§ 1b). Auch Kenntnis eines Mordes wird im
Falle des Unterlassens der Anzeige mit Zuchthaus bestraft
(§ 1c). — In dieser Bestimmung wird ein Antrag Dr.
Stresemann (D.B.):

„Geschwister, die die notwendige Anzeige unterlassen, haben
straffrei zu bleiben.“

im Hammelsprung mit 200 gegen 188 Stimmen abgelehnt.
Im übrigen werden die Zusatzparagrafen zu § 1 angenom-
men; desgleichen § 2, der Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren
gegen solche Personen vorseht, die gegen republikanische Re-
gierungsmitglieder Gewalttätigkeiten begehen, öffentliche
Verleumdungen gegen solche aussprechen, Taten verherr-
lichen oder begünstigen, die an staatsfeindlichen Verbindun-
gen teilnehmen und trotz Kenntnis von verborgenen Waf-
fen nicht Anzeige erstatten. Abgelehnt wird zu § 2 ein
Antrag Hüffel (E.), der unter diesen Paragrafen auch die-
jenigen Personen nehmen will, die monarchistische Bestre-
bungen fördern oder die früheren Reichsärzten in einer den
öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zur Schau tragen.
— Gegen die Stimmen der Deutschnationalen wird dem
§ 2a zugestimmt, der die öffentliche Verleumdung der repu-
blikanischen Staatsärzten und der Reichs- und Landesärzten
abdeckt.

Der Staatsgerichtshof.

Nach § 5 wird beim Reichsgericht ein Staatsgerichtshof
am Schutze der Republik errichtet. Der Staatsgerichtshof
besteht aus 7 Mitgliedern, von denen zwei Mitglieder vom
Reichsgericht sind. Es können jedoch, vom Vorsitzenden ab-
gesehen, auch andere festangestellte ordentliche Richter er-
nannt werden. Die übrigen 5 Mitglieder brauchen nicht
die Fähigkeit zum Richteramt zu haben. Die Mitglieder
werden vom Reichspräsidenten ernannt. Ein Antrag Dr.

Stresemann (D.B.) verlangt, daß von den sieben Mitglie-
dern drei Mitglieder des Reichsgerichts sind. Ein Antrag
Müller-Brantke (E.), Ledebour (U.S.) fordert, daß öffent-
licher Ankläger ein vom Reichsjustizminister zu ernennender
Kommissar sein soll und nicht die Staatsanwaltschaft. Nach
einem Kompromißantrag Marx (Z.) u. Dr. Peterfen (Dem.)
soll der Staatsgerichtshof aus 9 Mitgliedern bestehen, von
denen 3 Mitglieder des Reichsgerichts sind, und die übrigen
Laientrichter sein können.

Hg. Gumminger (Bayr. B.) lehnt den Staatsgerichtshof
als Ausnahmegesetz ab.

Hg. Hamn (Dem.) erklärt, daß die Befugnisse des
Staatsgerichtshofs zu weit gingen. Nach dem Verlauf der
Ausschussverhandlungen könne man nicht immer behaupten,
daß die Demokraten von vornherein gegen das Gesetz wa-
ren. Man sollte bei solchen Gelegenheiten die Lage nicht immer
nach bestimmten Gebieten beurteilen. Man sollte nicht ver-
gessen, daß es Gebiete mit Millionen von Menschen gibt, die
fast ebenso wichtig sind, wie das Ruhrgebiet, Berlin und
andere. Man könne der bayerischen Regierung keinen
Vorwurf machen.

Reichsjustizminister Dr. Radbruch stellt nochmals fest,
daß der Staatsgerichtshof nicht gegen die Reichsverfassung
verstoße. Zum Reichsgericht habe er vollstes Vertrauen.
Auf die Frage, ob der Staatsgerichtshof beim Reichsgericht
eingetragte werde oder nicht, handle es sich lediglich um eine
Einkleinerungsfrage. Die Mitwirkung von Reichspräsi-
dentialmitgliedern und Reichsgerichtspräsidenten dürfe nicht zu einem
gesetlich fundierten Vorschlagsrecht angeordnet werden.
Die Initiative müsse beim Reichspräsidenten liegen. Der
Minister dankt im übrigen dem Redner für seine persön-
lichen Worte.

§ 5 wird mit einem Kompromißantrage angenommen, wo-
nach der Staatsgerichtshof aus 3 Mitgliedern des Reichsge-
richts und 6 Laientrichtern besteht. Die übrigen Bestim-
mungen wurden im wesentlichen in der Ausschussfassung
aufrecht erhalten.

Deutschland.

Berlin, 12. Juli. Mit Rücksicht auf die fortwäh-
rende Teuerung der persönlichen und sachlichen Ausgaben
der Reichseisenbahn und das ständige Sinken des Geld-
wertes ist eine Erhöhung der gegenwärtigen Fahrpreise
zum 1. Oktober d. J. um etwa 50 Prozent in Aussicht
genommen.

Berlin, 12. Juli. Aus parlamentarischen Kreisen
erfahren wir, daß nach dem gestrigen Beschluß der So-
zialdemokraten nunmehr alle Versuche zur Er-
weiterung der Regierungskoalition sowohl
nach rechts als auch nach links als gescheitert
anzusehen sind. Die Regierung wird also in
ihrer bisherigen parlamentarischen Lage weiter-
bestehen bleiben und zwar mit Unterstützung sowohl
des linken Flügels der Deutschen Volkspartei als
auch des gemäßigten Flügels der Unabhängigen-Reichs-
tagsaktion. Allerdings ist der radikalere Flügel der
Unabhängigen gekränkt, da das Scheitern der Eintritts-
bestrebungen in die Regierung den härteren Erziehlern,
Hilberding und Breitscheid in der Partei sehr geschadet
hat.

Berlin, 12. Juli. Im Steuerauschuß des Reichs-
tages wurde ein Antrag Fischer (Demokrat) angenom-
men, wonach die Höhe der Zwangsanleihe auf 70
Millarden festgesetzt wird. Der Gesamtbetrag der An-
leihe soll zur Abtragung der Sachlieferungen an die
Entente bestimmt sein. Der Auschuß wird morgen
die Geschäfts- und die Einkommensteuer behandeln.

Danzig, 12. Juli. Die französische Regierung hat
durch Vermittlung ihres Botschafters in Warschau die
polnische Regierung in Kenntnis gesetzt, daß der Kreuz-
er Jules Michélet unter dem Oberbefehl des Admirals
Gontin in Danzig in der Mitte des Juli eintreffen
will. Dem Wunsch der französischen Regierung ent-
sprechend, hat der französische Generalkommissar der
polnischen Republik, dem Senat, der freien Stadt Dan-
zig und dem Präsidenten des Hafenausschusses von
dem bevorstehenden Besuch Bericht zugehen lassen.

Marienburg (Westpreußen), 12. Juli. Vorgefem
nach hörte die Frau des Schriftleiters der „Marienburg-
er Zeitung“, Dr. Reiss, auf der Straße vor ihrer Woh-
nung großen Lärm. Sie begab sich an das Fenster und
erhielt plötzlich einen tödlichen Schuß in die Stirne,
der offenbar ihrem Manne gelten sollte. Fünf bis sechs
Personen, angeblich Arbeiter der Eisenbahnwerkstätte, sind
verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor.
Eine Mordkommission darf von Erlang zur Aufklärung
der Tat hier ein.

Zu dem gegen Dr. Reiss beabsichtigten Attentat wird
weiter gemeldet: Reiss erhielt in der letzten Zeit mehr-
fach Drohbriefe, worin er und seine Frau aufgefor-
dert wurden, innerhalb 8 Tagen Marienburg zu ver-
lassen. In der Nacht vom 29. zum 30. Juni 1922 ist
eine Bombe in die Wohnung von Reiss geworfen worden,
bestehend aus einer Konterbambulle, die mit Schwarz-

pulver, Mehl und zerhackten Nägeln gefüllt war. Da die
Händschrur nicht weiterbrannte, explodierte die Bombe
nicht. Unschädlich wurde vor der Wohnung von Dr.
Reiss Lärm verübt. Vorgefem nacht setzte der Lärm
1 Uhr erneut ein, worauf Frau Reiss das Fenster öffnete
und den tödlichen Schuß erhielt. Der Regierungsprä-
sident und Dr. Reiss setzten auf die Ergreifung des Täters
je 10 000 Mark Belohnung aus.

Debitfeld, 12. Juli. Die Verfolgung der Rache-
mörder gestaltet sich insofern schwierig, als von
Badebusch die Beamten der Berliner Polizei durch
Angaben der Bevölkerung auf Spuren geleitet wur-
den, die sich leider nachträglich als gänzlich irrtilm-
lich herausstellten. Der dadurch entstandene Zeitver-
lust sowie die Aufspaltung der verfolgten Mörder-
kräfte kommt natürlich den verfolgten Mörder-
jugute. Der im Laufe des Nachmittags in der Beobach-
tung der hiesigen Gegend bekannt gewordene Aufruf
des Berliner Polizeipräsidenten hat eine Anzahl von
Personen veranlaßt, die die Mörder gesehen haben
haben wollen, sich zu melden, doch bedürfen ihre An-
gaben dringend der Nachprüfung. Die anscheinend wich-
tigste Meldung stammt von einem Volksschullehrer aus
Debitfeld, der einen Kilometer westlich von Debit-
feld zwei junge Leute mit Fahrrädern vormittags
11 Uhr gesehen haben will. Der eine von ihnen soll
sich nach dem Wege nach Wesenlingen erkundigt haben.
Der am Nachmittag in Gardelegen eingetroffene Chef
der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidenten ist
sogleich nach Debitfeld gefahren, wo er die in Be-
tracht kommenden Zeugen vernahmen will. Wenn auch
die Möglichkeit besteht, daß diese Angaben richtig sind
und die Täter weiter südlich als angenommen, weiter
gekommen sind, so wird einstweilen die Fahndung
in den bisherigen engeren Ermittlungskreisen zwischen
Badebusch und Gardelegen fortgesetzt.

München, 12. Juli. Wie die „Bayerische Staatsztg.“
auf Grund von Erkundigungen an amtlicher Stelle mit-
teilt, haben die Hausjudungen bei drei in München ver-
hafteten Studenten in Sachen der Organisation O kein
belastendes Material zutage gefördert. Zahlreiche Per-
sonen, darunter auch General Ludendorff, sind festge-
nommen worden. Die Vernehmungen waren ergebnis-
los. — Die Berliner Polizei soll sich nach dem genannten
Blatte eine grobe Verletzung der bayerischen Hoheitsrechte
haben zuschulden kommen lassen, indem eine Anzahl Ber-
liner Kriminalbeamter, ohne sich mit der Münchener
Polizeidirektion in München ins Benehmen zu setzen, auf
eigene Faust arbeiten wollten. Die Polizeidirektion wird
sich deshalb in einer Beschwerde an das Ministerium des
Innern wenden, damit von der Regierung ein Protest
nach Berlin gerichtet wird.

Ausland.

Strasbourg, 12. Juli. Die neue Elässerpartei, eine
Gründung des Gutsbesizers Klaus Jörn von Bulach,
des Sohnes des jüngst verstorbenen Staatssekretärs Jörn
von Bulach, hat hier ihre erste öffentliche Versammlung
abgehalten. Sie war stark besucht. Nach dem Urteil von
Kennern hatte der Redner 4 Fünftel der Versammlung
hinter sich, wobei die Besucher größtenteils Altelässer wa-
ren. Der Redner wies es von sich, daß seine Partei dem
Zentralismus oder der deutschen Propaganda dienen
solle, sondern seine Partei sei die Partei der beleidigten
Elässer, der Franzosen zweiter Klasse. Die hauptsäch-
liche Forderung, die die neue Partei erhebt, ist: Voll-
ständige Gleichberechtigung beider Sprachen; sämtliche
Verwaltungsbeamten müssen unbedingt beide Sprachen
beherrschen. Die einflussreichen Beamtenstellen müssen
den Landeskindern vorbehalten werden, die dazu am ge-
eignetsten sind. Die Missionszulage (d. h. die Zulage für
französische Beamten, die in das innere Frankreich kom-
mandiert werden) soll abgedafft werden. Ferner soll die
Militärdienstzeit auf ein halbes Jahr herabgesetzt werden.

Die Moratoriumsfrage.

Der Wortlaut der Note.

Berlin, 12. Juli.

Der Vorsitzende der Reparationskommission hat der
Reparationskommission eine Note der Reichsregierung
überreicht, die ungefähr folgenden Wortlaut hat: Die
deutsche Regierung hat bis heute trotz schwerer wirtschaft-
licher Bedenken diejenigen Zahlungen bewirkt, die in den
Entscheidungen der Reparationskommission vom 13. Jan.
und 31. März d. J. festgesetzt sind. Würde die deutsche
Regierung unter den augenblicklichen Umständen auslän-
dische Zahlungsmittel weiter beschaffen, so würde die Ent-
wertung der deutschen Mark weiter fortschreiten, was zur
vollständigen finanziellen und wirtschaftlichen Verleu-
dung Deutschlands führen würde. Die deutsche Regie-
rung stellt darum den Antrag, die ihr durch Entscheidung
der Reparationskommission vom 21. März d. J. aufer-
legten Zahlungen zu stunden. Was den am 15. Juli
angehenden Betrag betrifft, so stellt die Regierung den
im Hinblick auf frühere Leistungen verbleibenden Reit-
betrag von 33 Millionen Goldmark zur Verfügung.

Englische Maßnahmen gegen den Marksturz.
London, 12. Juli. Wie die „D. R.“ meldet, hatte Lloyd George gestern eine längere Beratung mit dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne und dem Minister Chamberlain. Es verlautet in amtlichen Kreisen, die englische Regierung wolle schnellstens eine Konferenz der Finanzminister aller Versailler Vertragsmächte mit der Reparationskommission einberufen. Zur Vorbereitung dieser Absicht trat gestern der englische Kabinettsrat zusammen. Der Sitzung wohnte auch der englische Vertreter in Washington bei. Als Ergebnis dieses Kabinettsrats werden in amtlichen Kreisen folgende Beschlüsse bezeichnet. Lloyd George wird sofort den französischen Ministerpräsidenten Poincaré zu einem zweiten schnellsten Besuche in London einladen. Man hofft, daß Poincaré ohne unnötigen Zeitverzug kommen wird. Nach der Aussprache der beiden Ministerpräsidenten soll alsbald unverzüglich eine Zusammenkunft des Obersten Rates oder der Vorkonferenz gemeinsam mit französischen und englischen Finanzfachverständigen erfolgen.

Die New Yorker Wallstreet hat auf Ersuchen der englischen Regierung eine ernste Untersuchung begonnen, was für Deutschland und zusammen mit Deutschland geschehen könne.

Berlin, 12. Juli. Die Reparationskommission hat gestern nachmittag in einer offiziellen Sitzung die Ausführungen besprochen, die ihr von den deutschen Staatssekretären Fischer und Schröder im Auftrag der deutschen Regierung über die Folgen des Marksturzes und die Notwendigkeit eines neuen Moratoriums für Barzahlungen gemacht wurden. Die Beschlusfassung wurde vorläufig ausgesetzt, bis der Bericht des Garantiefomitees aus Berlin eingetroffen ist. In der Sitzung stellte der englische Vertreter Bradbury folgende Anträge: Deutschland muß ein mehrjähriges Moratorium für Barzahlungen bewilligen. Die Sachleistungen sind zu ermäßigen. Die am 15. Juli fällige Rate, die sich nach einer spät abends erfolgten Veröffentlichung der Reparationskommission unter Anrechnung luxemburgischer und amerikanischer Zahlungen auf nur 32 Milliarden beläuft, soll zunächst nicht in Anspruch genommen werden, sondern hinstreckt bleiben. Sämtliche Delegierten stimmten den englischen Anträgen zu, nur der Franzose Dubois bekämpfte hartnäckig, aber vergebens, die englischen Vorschläge. Gleich nach der Konferenz hatte er mit Poincaré und Delafosse eine Besprechung. Poincaré soll, um Frankreich nicht isoliert zu lassen, Dubois empfohlen haben, den englischen Anträgen zuzustimmen.

Der Ruf an Amerika.

London, 12. Juli. Aus Washington wird gemeldet, die englische Regierung sei an den Londoner Votschafter Hervey herangetreten, Amerika möchte Mittel und Wege ausfindig machen, um einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands zu verhüten. Hervey erklärte gestern halb dementierend, halb bekräftigend auf dieser Meldung, ein solcher Schritt der englischen Regierung sei noch nicht erfolgt. Es sei ihm aber bekannt, daß die englische Regierung eine, wenn auch nur indirekte, Hilfsaktion Washingtons erhoffe. In Washington, wo ein sehr ernster Bericht des Berliner Handelsattachés Herrin eingetroffen ist, wird übrigens die Entwicklung Deutschlands in größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Badische Politik.

Ein Uebereinkommen wegen der in Baden gelegenen Linien der Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft ist vom bad. Finanzministerium getroffen u. vom Hansbahnausschuß befürwortet worden. Die Straßburger Gesellschaft betrieb bis 15. August 1920 die schmalspurigen Nebenbahnen: Rebt-Richtau-Bühl, Rebt-Altenheim-Dittenheim, Altenheim-Dittenburg u. Dittenburg-Schwarzbach, dann übernahm das Reichsverkehrsministerium, weil Frankreich die Konzessionen mit Baden für aufgelöst erklärte, den Betrieb dieser Bahnen, die Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft blieb aber Eigentümerin der Anlagen nebst Zubehör. Das soll nun aufhören. An die Straßburger Gesellschaft wird ein bestimmter Betrag gezahlt, den zur Hälfte das Reich, zur Hälfte Baden aufbringt. Der künftige die in Baden gelegenen Linien der Straßburger Gesellschaft betreibt, darüber schwebt noch mit dem Reich Verhandlungen. Eventuell soll auch

Huf Hesselvörde.

Roman von Fritz Ganger.

23) (Nachdruck verboten.)
Reederns Gesicht war totblau geworden. Er hielt den Kopf gesenkt und vermochte nichts zu erwidern. Joachim fühlte sich durch das Schweigen unheimlich berührt.
„Na, und nun lassen Sie das Wort von vorhin gelten, nicht wahr?“
Reedern blickte auf. Eine tiefe Traurigkeit lag in seinen Augen. Er schüttelte den Kopf. „Nicht in seinem vollen Umfange. Denn ich kann mir nicht denken, daß Sybille in völliger Klarheit ihres Denkens diesen Schritt unternommen hat. Sie wird als die Verführte, Beförte gehandelt haben.“
„So? ... Erwachsene Menschen müssen die Reife des Entscheidens besitzen. Sie durfte sich also nicht verführen lassen ...!“
Brandt, es gibt Augenblicksstimmungen, Gefühlsmomente, in denen man nicht Herr seiner selbst ist. Es kommt dann unaufhaltsam, unabwendbar hereinbrochen. Man ist machtlos. Man muß, und geht in die Irre.“
„Sie verteidigen Sybille also? Nehmen sie noch in Schutz? ... Das verstehe ich nicht!“
„Ueber Irrende darf man nicht anders denken. Sie bedürfen des Inschutznemmens.“
Ueber Joachim's Gesicht flog ein abweisender Zug. Ich verurteile diese Art des Empfindens. Sie ist mir zu sentimental. Mit Menschen, die so völlig aus der Rolle fallen, sich so durchaus vergessen können, wie es Sybille getan hat, bin ich endgültig fertig.“
„Auch dann, wenn Sie sich vorstellen, daß Sybille ihr Lun vielleicht schon unzählige Male bitter bereut haben könnte?“
„Ich glaube nicht, daß sie bereut.“
„Sie weichen mir aus, Brandt. Angenommen, sie bereut. Was würden Sie dann tun?“
Joachim hob ungeduldig die Schultern. „Ach, lassen

die Strecke der kaiserlichen Eisenbahngesellschaft einbezogen werden.

Verkauf des Dossenheimer Porphyrt-Bergs an den Badischen Staat.

Dossenheim bei Heidelberg, 11. Juli. Der Bürgerausschuß hat in dreikündiger Sitzung dem Verkauf des Porphyrt-Berges an den Badischen Staat und der Verpachtung des Geländes an den Badischen Staat auf die Dauer von dreißig Jahren mit 38 gegen 7 Stimmen zugestimmt, der Staat legt das ganze bisherige Wert mit den Gebäuden wieder und stellt es an die Bergstraße, wo es schon früher hingehört hätte. Für das Wert mit den Gebäuden und der Trachfelsbahn erhält die Gemeinde 2,8 Millionen Mark und für den Kubikmeter Stein bis auf weiteres 450 Mark. In der allernächsten Zeit soll der zweite Steinbruch, der bisher von der Firma Lejerenz in Heidelberg betrieben wird, ebenfalls neu verpachtet werden.

Karlsruhe, 11. Juni. Wie wir hören, wird dem Landtag binnen kurzem ein Nachtrag zu dem eben verabschiedeten Staatsvoranschlag für die Jahre 1922 und 1923 zugehen. Der Landtag, dessen Ansätze augenblicklich tagen, wird voraussichtlich in der vierten Juliwocche geschlossen werden.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 12. Juli. (Todesfall.) Im Alter von 74 Jahren ist hier der frühere Intendant des Hoftheaters in Sachsen-Altenburg Franz Freiherr von Kagenow gestorben. Der Entschlafene stammt aus einer alten badischen Familie.

Karlsruhe, 12. Juli. (Abnahme der unehelichen Geburten.) Während in den Kriegsjahren die Zahl der unehelichen Geburten in Baden in beachtlicher Weise zugenommen und im Jahre 1918 mit 13,3 Prozent die Höchstzahl des letzten Halbjahrhunderts erreicht hat, ist in den letzten Jahren wieder eine Abnahme der Unehelichkeitsziffer zu verzeichnen.

Karlsruhe, 12. Juli. (Das Namensrecht unehelicher Kinder.) Nach badischem Landrecht erhielten die von Witwen oder geschiedenen Frauen unehelich geborenen Kinder den Familiennamen, den ihre Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes führte. Wie in einem Erlass des badischen Justizministeriums ausgeführt wird, ist es nun freigelegt, ob solche unehelichen Kinder auch nach dem Inkrafttreten des bürgerlichen Gesetzbuches noch berechtigt sind, den ihnen bis zum 1. Januar 1920 zumobenden Familiennamen zu führen. Die von Donner ausgesprochene Ansicht, daß die vor 1900 von Witwen und geschiedenen Frauen unehelich geborenen Kinder vom 1. Januar 1900 ab den Mädchennamen ihrer Mutter als Familiennamen zu führen hätten, wird in einem in der „Badischen Rechtspraxis“ abgedruckten Aufsatz bekämpft. Der in dieser Abhandlung vertretenen Rechtsauslegung hat das Justizministerium vor der Auffassung des Donner'schen Kommentars den Vorzug gegeben. Zur Beseitigung aller möglichen Zweifel hat das Justizministerium aber gegebenenfalls den Familiennamen des betr. unehelichen Kindes auf Antrag sorgfältig in den bis zum 1. Januar 1900 geführten Namen abgeändert.

Karlsruhe, 11. Juni. Anfolge der unauffhaltsam steigenden Preise und Mieten sind die vom Bürgerausschuß seiner Zeit für die Durchführung des Wohnungsprogramms von 594 Wohnungen bewilligten Mittel von den augenblicklich in Angriff genommenen 208 Wohnungsbauten in vollem Umfang in Anspruch genommen, so daß für die restlichen 386 Wohnungsbauten weitere Mittel nicht zur Verfügung stehen. Da hierfür auch keine weiteren Anlehensmittel aufgenommen werden können, so soll die Erhebung der Wohnabgabe, die sich sehr hoch gestalten wird, beschleunigt werden.

Baden-Baden, 11. Juni. Die Besuchsliste des Kurortes erreichte gestern die Rekordzahl 41.486.

Reb, 11. Juni. Einen Viehstammgel über die Saarlandgrenze verlor die Viehbesitzerin und Landwirtin Valentin Schiller aus Strampfelbrunn (Baden) im Auftrage der Saarbrücker Viehhändler David Wager und Abraham Sander in der Weise anzuführen, daß er 9 im Badischen eingekaufte und mit Ausfuhrpapieren versehenen Kühen noch 8 Küber kiste, die bei der Defirma des Wagens in Brummbühlbach durch die Zollkontrolle endete wurden. Sie wurden beschlagnahmt und verweigert, auch die Kühe erst nach Zahlung von 25000 M. Siderheit durch Wager von der Zollbesoldung freigegeben. Schiller wurde von der Zweibrücker Strafkammer zu 1 Jahr Zuchthaus, 25000 M. Geldstrafe oder weiteren 110 Tagen Arrest, zwei Jahren Ehrverlust, ferner zur Erstattung der Kosten verurteilt. Es

wurde ebenfalls auf Zutritt der Volkshaus und Verleugung des Handels mit lebenswichtigen Gegenständen erkannt.

Hornberg, 11. Juni. Einen sehr vernünftigen und nachahmenswerten Beschluß haben die Landwirte von Göttingen gefaßt, indem sie vereinbarten, alles Getreide im Orte zu behalten, sich untereinander anzuhelfen und alle auswärtigen Kaufangebote abzuweisen.

Reutadi i. S., 11. Juni. Im Glasbrennwerk, Besitzer Maxion Schwärz, wurde, während die Leute beim Gehen waren, ein schwerer Einbruch verübt. Mit Hilfe des aufgefundenen Schlüssel öffnete die Diebe den Kassenschrank und nahen 51 000 M. Bargeld, darunter etwa für 800 M. Silbergeld.

Willingen, 11. Juni. Ein erst einige Tage bei einer tiefen Kamille befindliches Dienstmädchen öffnete gestern in Abwesenheit der Herrschaft auf raffinierte Weise eine eiserne Geldkassette, entnahm ihr den Betrag von 15 000 M. und ging flüchtig. Das erst 21jährige Mädchen hat in verschiedenen anderen Stellen gleiche oder ähnliche Eigentumsverbrechen verübt. Ein hier beschäftigter 21jähriger Bürche aus Seelbach bei Lahr durchschritt sich gestern mit einem Rasiermesser den Hals. Er war in kurzer Zeit tot. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Aus Stadt und Bezirk.

Verleihung der Rettungsmedaille. Das badische Staatsministerium hat dem Elektrikmonteur Rudolf Abweg von Durlach und dem Landwirt Johann Georg Brimmer von Waldenhausen die Rettungsmedaille verliehen. Beide haben je eine Person unter Einleitung des eigenen Lebens vom Tode des Ertrinkens gerettet.

Durlach, 11. Juli. (Bezirksynode Durlach.) Die Tagung der evang. Bezirksynode Durlach am Nachmittag des 5. Juli im Ev. Vereinshaus gab eine festliche Zusammenkunft des kirchlichen Lebens und einen ersten Eindruck des kirchlichen Willens zum Volksaufbau in dem von Aue bis Stein und von Langenleinsbach bis Weingarten weitgestreckten Bezirk. Geleitet wurde die Synode von Pfarrer Hofheinz-Gröbigen, der im weiteren Verlaufe der Tagung einstimmig zum Dekan des Bezirks gewählt wurde als Nachfolger des nach Karlsruhe verlegten Dekans Herrmann. Er eröffnete die Tagung mit einer tiefen und empfindlichen Betrachtung über 1. Kor. 3, 9: Wir sind Gottes Mitarbeiter. Stadtpfarrer Wolfhard Durlach gab ein Gesamtbild von den kirchlichen und religiös-sittlichen Zuständen im Kirchenbezirk, das in Anbetracht der schwierigen Zeitverhältnisse im allgemeinen doch ein recht erfreuliches war. Zu einer besonderen Einschätzung führten die Klagen über den teilweise geringen Besuch der Christenlehre-Gottesdienste, die dadurch geboten werden solle, daß diese Gottesdienste auch jeweils von einer angemessenen Anzahl kirchlicher Gemeindevertreter besucht sein sollen als Vorbild für die Jugend. Das religiös-kirchliche Leben ist gefährdet durch das übertriebene Vereinsleben und vor allem durch die gerade bei der reiferen Jugend wuchernde Genuß- und Vergnügungssucht. Das freundliche Verhältnis zu den anderen kirchlichen Gemeinschaften wird dankbar anerkannt. Dankbare, große Opferwilligkeit ermöglicht in einer Reihe von Gemeinden die Wiederherstellung der Orgelwerke (Durlach, Stein, Willersdingen), Errichtung von Gedenksteinen, Denkmalen (Grünwetterbach, Gröbigen), sowie die Beschaffung neuer Geläute (Söllingen, Gröbigen, Grün- und Dohenvetterbach, Bergshausen, in Durlach und Wolfartsweier steht die Glockenweihe bevor.) Kirchenbauten verbietet trotz ihrer Notwendigkeit die Zeitlage, doch konnte Aue wenigstens ein Gemeindehaus erwerben. Oberlehrer Edel-Durlach, Mitglied des Bezirkskirchenrates, verstand es in seinem Bericht über: „Das neue Fortbildungsgesetz und der Religionsunterricht in der Fortbildungsschule“ die leitenden Gesichtspunkte der Neuordnung und ihre Wichtigkeit für die religiös-sittliche Erziehung der Jugend klar zu stellen. Die Aussprache über diesen so wichtigen Gegenstand fand aus in der einstimmig gefaßten Resolution: „Die Synode ist sich der Schwierigkeit der Aufgabe wohl bewußt, daß mit Einführung des verpflichtenden Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule der Kirche zugewiesen ist. Sie freut sich aber der Möglichkeit der religiös-sittlichen Weiterpflege auch der schulpflichtigen Jugend und bittet die Geistlichen und Lehrer ihres Bezirks an die neue Aufgabe mit Freudigkeit und Eifer heranzutreten. Sie erwartet vom Elternhaus Verständnis und Mitarbeit an dem für unsere Jugend so bedeutsamen Werk.“ — Pfarrer Walther-Weingarten schloß mit Segenswünschen um 1 Uhr die Synode.

R. Durlach, 12. Juli. Vergangene Woche fanden an vier Abenden in Saale der Blume“ die Vorspiele des diesigen Musik-Instituts statt. Sie erfreuten sich wie in den vorhergehenden Jahren auf Violin, Cello- und Klarinetten, sowie auf Klavier und Bratsche, dem jeweiligen Stande der Ausbildung entsprechend, durchweg hochwertige Leistungen. Die beiden ersten Abende gaben den Ober- und Mittelklassen Gelegenheit, ihre fortgeschrittene Ausbildung darzutun. Eva Heger, Hans Reife, Emil Hofmann, Hellmuth Kächler und besonders Martin Heugler zeigten auf der Violine beträchtliches Können. Der Letzgenannte brachte, von Hans Karl Diemer verbindlichvoll begleitet, Bach's technisch schwieriges D-moll-Konzert geläufig und

wir doch die ganze unergüßliche Geschichte! Es führt zu nichts. Sie sehen ja, daß wir uns im direkten Widerspruch zueinander befinden ... Jedenfalls ist die Sache für mich erledigt!“

„Vorläufig höchstens.“
„Nein, für immer! Und Sie werden binnen kurzem auch endgültig damit fertig sein. So wie sich's gehört.“
Er sagte das Letzte schärfer, als nötig war.

Reedern hob die Augenbrauen zusammen und sagte: „Bitte, Brandt, über die Art meines Entscheidens besinne ich!“
„Ich will mich auch keineswegs als der Schuttpatron Ihrer Anschauungen aufspielen. Jeder nach seiner Façon! Und nun dürfen wir uns wohl Lebewohl sagen.“

„Und auf Wiedersehen, denke ich doch, Brandt?“
Joachim schien zu überhören. Er legte seine Hand flüchtig in die dargebotene Rechte Reederns und sagte noch etwas von „keine Zeit mehr haben“. Reedern beobachtete die offenkundige Verstimmung Joachim's und glaubte zu wissen, daß sie von nachhaltiger Wirkung sein würde. Er wollte das nicht. Aber ehe er noch ein vermittelndes Wort zu sagen vermochte, hatte sich der andere schon gewandt und entfernte sich in Hast. Kopfschüttelnd, in einer gewissen Erschütterung, sah ihm Reedern nach.

Dann ging er still auf Sophienwäde zu. Tief bewegt war sein Sinn. Er hing in Trauer und Besorgnis und Sehnsucht Sybille nach, die nun wohl endgültig für ihn verloren war, und galt in veränderten Gefühlen dem Bruder der Geliebten, der sich eben im Beginn einer Entfremdung von ihm getrennt hatte.

Joachim war nicht mit sich zufrieden. Er machte sich Vorwürfe, daß er infolge seiner Schroffen, verletzenden Art, mit der er seine Ansichten verteidigt, die Entfremdung veranlaßt hatte. Zu anderer Zeit wäre er wohl Reedern's Anschauungen mit mehr Entgegenkommen begegnet. Aber heute in seiner verzerrten, gereizten Stimmung war es kein Wunder, daß er sich hatte hinreißen lassen, seinen Standpunkt in drücker Weise und in erregtem Tone zu verteidigen.

Je näher er Hesselvörde kam, desto lebhafter wandten sich seine Gedanken dem zu, was ihn dort erwarten würde,

und die Vorstellungen über das Zusammentreffen mit Reedern verloren an Deutlichkeit. Schließlich beschäftigte er sich nur noch mit dem, was ihn dabei anging. Er hatte den heimlichen Wunsch, daß die Tochter Burmanns den Aufenthalt in Hesselvörde nicht zu lange ausdehnen möchte. Vielleicht gesiel es ihr so wenig, daß sie bald wieder abreise und er seiner Verpflichtung entthoben war. — Tante Maloe erwartete ihn schon. Sie war sehr aufgeregt und empfing ihn mit der Nachricht, daß Fräulein Burmann bereits seit einer halben Stunde seine Rückkehr herbeisehne, da sie etwas Unausführbares mit ihm besprechen müsse. Sie lasse ihn zu sich bitten, sobald er zurüd sei.

Joachim schüttelte den Kopf und runzelte die Stirn leicht.

„Was ist es denn?“

„Ich kann dir gar nichts sagen, Joachim. Fräulein Burmann befindet sich offenbar in einer äußerst unglücklichen Stimmung. Sie sieht mit verweintem Gesicht in ihrem Zimmer und lehnt meine Anteilnahme rundweg ab. Sie verweigert auch die Annahme irgendeiner Erfrischung. Ehe sie nicht mit Dir gesprochen, würde sie keinen Bissen genießen.“

Die alte Dame schwieg erschöpft und hatte eine Gebärde der stillen Verzweiflung. Dann flüsterte sie leise: „Joachim, na weißt du, dafür lieber zehn Widelfinder. Das ist ja 'n ganz exzentrisches Frauenzimmer.“

„Pf! Tante Maloe, man darf nicht immer sagen, was man denkt, obgleich's einem manchmal mit Gewalt rausrutschen möchte ... Na, und da will ich mal zunächst dem gnädigen Fräulein meine Aufmerksamkeit machen und so quasi den Seelenarzt mimieren.“

Ein leises Spott-Klang aus Tante's Stimme. Und um seine Mundwinkel lief ein molante. Juden. Ja, Tante Maloe hatte recht mit dem „exzentrischen Frauenzimmer“.

(Fortsetzung folgt.)



mit tiefer Einfühlung zum Vortrag. Im vorzüglich abgetühten Zusammenhänge mit ihm und H. Mann ließ Wolfgang Huber bedeutende Fortschritte in der Beherrschung des Cello erkennen. Dem Klavierpiel war als Grundlage der musikalischen Ausbildung natürlicherweise breiter Raum gegeben. Hier ist an erster Stelle Heinrich Mann zu nennen, der in Einzelvorträgen (Konzert A-moll von Grieg, Noctellen von Schumann), sowie als Begleiter zu Gesang und Streichinstrumenten eine ganz erstaunliche, technische Gewandtheit und außerordentliches, musikalisches Empfinden in Klavier und Kontrabaß an den Tag legte. Außer ihm müssen noch Hildegard Geis, Ruth Welsch, Ruth Kärcher, Hermine Hecht und Edelgard Daffner lobend genannt werden. Sehr Rühmliches wurde auf dem Gebiete der Vokalmusik geleistet. Fräulein Paula Schilt und Frau Dr. Engler erfreuten im Solo- und Zweigezang durch natürlichen Wohlklang und kluge Behandlung ihrer reichen Stimmkräfte, das gleiche gilt von Herrn Dr. Kurt Deis, der meines Wissens zum erstenmal sich öffentlich hören ließ und mit seinem in männlicher Kraft erklingenden und von belebtem Vortrag unterstützten Bariton starke Hoffnungen für die Zukunft erweckte. Den größten und in jeder Hinsicht verdienten Erfolg hatte wieder Fräulein Irma Kötter, die sich auch diesmal als vollständig Bühnengängerin erwies und gesanglich, wie dem Vortrage nach auch dem vernehmlichen Gesinnungseinen ungetrübten Kunstgenuss vermittelte. Die beiden letzten Vortragsabende waren den Mittel- und Unterlassen vorbehalten. Gerade an ihnen zeigt sich die aufstrebende und hingebungsvolle Tätigkeit der Lehrkräfte am augenfälligsten. Wer weiß, was es für Mühe kostet, große und kleine Anfänger musikalisch einzuschulen, wird die hier geleistete, erzieherische Arbeit — und eine solche liegt hier in weitestgehendem Maße vor — voll und ganz schätzen können. Bei der großen Zahl der Vortragenden ist es aus Raumangel nicht möglich, alle mit Namen anzuführen. Sie müssen sich diesmal mit einem Gesamtlob begnügen, das ihnen ausdrücklich ihren Fleiß und ihre durchgängig bewiesene musikalische Fertigkeit anerkennend beifügt. Der Schule als Ganzes aber und ihrer rührigen Leiterin, Fräulein Eisinger, sei herzlich dank gesagt für ihr ideales Willen und Streben, das gerade in unseren Tagen Achtung und Förderung beanspruchen darf.

Am Durlach, 13. Juli. Einige Mitglieder des Badischen Schwarzwaldbundes trafen sich am letzten Donnerstagabend wieder in der „Alten Brauerei Wagner“, um über laufende Tagesfragen zu sprechen und insbesondere zu beraten, was in der nächsten Zeit getan werden soll. Nicht anwesend und nicht vertretend die wiederholte zwanglose Zusammenkunft. Die Monatsblätter des Hauptvereins können von jetzt ab im Zigarrengeschäft Karl Des, Hauptstraße, gegenüber dem Rathaus, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte — auch von Nichtmitgliedern — in Empfang genommen werden. Am nächsten Sonntag, den 16. Juli ds. J., findet unter Führung des Herrn Ingenieur Ansbach eine halbtägige Wandertour statt. Treffpunkt: 7 Uhr vormittags am Dengelstempel. Marschrichtung: Gaildorf — Bismarck — Weisingen — Reiterberg — Kuttelberg — Großer Wald — Prinzshöhe — Durlacher Weg — Berggäulen — Hohenberg — Württemberg — Turmberg. Alle weiteren Wanderungen der Mitglieder von hier und aus der Umgebung werden neben jenen des Karlsruher Ortsvereins, die im gedruckten Jahresprogramm festgelegt sind, in den nächsten Tagen bei unserem Mitgl. Herrn Oskar Weis, Besitzer der Löwenapotheke hier, in einem Kärtchen bekanntgegeben, welche Neuanschließung der Träger des goldenen Familienreises hiermit bestens empfohlen. Nach wie vor erfolgen die Bekanntmachungen auch im Anzeigenteil dieses Blattes.

Am Durlach, 13. Juli. Der (Schüler-) Gesellschaftsabend nach Detigheim am nächsten Sonntag fährt: Durlach ab 12,00 Uhr, Detigheim ab 8,20 Uhr abends, Detigheim an 12,29 Uhr, Durlach an 8,50 Uhr. Sammlung: 12 Uhr vor dem Stationsgebäude; die Hin- und Rückfahrt muß von dem Einzelnen der Ordnung wegen jeweils in demselben Wagen erfolgen, daher die Nummer dieses Wagens aufschreiben. Etwas Proviant mitnehmen. Es sind noch einige Theaterkarten gekommen. Drecks.

Der Beschlusstag des 11. Tages gibt bekannt, daß die am 12. und 13. ds. Mts. geplante kameradschaftliche Zusammenkunft nicht stattfindet.

Neue Erhöhungen der Postgebühren. Da in den letzten Monaten die Bezüge der Beamten infolge der wachsenden Teuerung wiederholt aufgeschwemmt werden mußten, um man mit Sicherheit damit zu rechnen hat, daß weitere Erhöhungen der Beamtenbezüge unmittelbar bevorstehen — Verhandlungen in dieser Beziehung sind am Donnerstag eingeleitet worden — hat die erst am 1. Juli in Kraft getretene Erhöhung der Postgebühren nicht dazu gereicht, den Haushalt der Reichspostverwaltung ins Gleichgewicht zu bringen. Es steht schon jetzt fest, daß sich ein Fehlbetrag von elf Millionen ergeben wird. Obwohl die Reichspostverwaltung es anstrebt, eine möglichst große Sparanfekt im Betriebe zur Anwendung zu bringen, ist es völlig ausgeschlossen, daß dieser erhebliche Fehlbetrag ohne weitere Erhöhung der Postgebühren gedeckt werden kann. Das Reichskabinett wird sich also voraussichtlich schon in der nächsten Zeit mit einer entsprechenden Vorlage zu befassen haben.

Kinos in Baden. Nach einer Erhebung des Statist. Landesamtes gibt es in Baden insgesamt 75 Kinos, die sich auf 30 Gemeinden verteilen. In der Stadt Mannheim gibt es 13, in Karlsruhe 8, in Freiburg 6, in Konstanz, Bad, W. 14 und je 3 in W.

Wo bleibt das Ost und der Zucker? Die Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände B. Badens bezieht in diesen Tagen Flugblätter verteilt, durch die angefordert wird, das Verbrennen von Ost und Zucker zu Schwand zu unterbinden, solange diese wichtigen Nahrungsmittel nicht in genügender Menge dem Markt zugeführt werden. Wir möchten uns dem Aufruf anschließen und glauben, daß die Arbeitsgemeinschaft hier einen wichtigen Posten, der der Beachtung durch die Behörden wert ist.

Aus dem Handwerk.

Verbandsstag lüddendischer Küfermeister. Lüdingen, 11. Juni. Hier fand der 19. Verbandstag des Bundes lüddendischer Küfermeister statt. Nach verschiedenen Begrüßungsansprachen hielt Prof. Dr. Meißner-Weinsberg einen Vortrag über die Behandlung der weißen und roten Maitagen in der Kelter. In einem weiteren Vortrag wurden verschiedene Fragen der Kleinbrennerei besprochen. Für die württembergischen Handwerkskammern sprach der Abg. Venne und für den württembergischen Bund für Handel und Gewerbe Richtermeister Wolf-Stüttgen Worte der Begrüßung. Als nächstjähriger Tagungsort wurde Ravensburg bestimmt.

Die Frauen und der Ausverkauf.

Zurzeit stehen wir Frauen wieder einmal mitten in diesen „günstigen Gelegenheiten“, die uns von Zeit zu Zeit von der Geschäftswelt zum Decken unseres Bedarfes an allen möglichen Gebrauchsgutartikeln geboten werden.

Ausverkauf! Welches Frauenherz wäre imstande, gegenüber diesem verführerischen Klange ganz unempfindlich zu bleiben und jeden aufsteigenden Wunsch nach dem Besitz dieser oder jener schönen Dinge gänzlich zu unterdrücken? Zwar hat die kluge Frau sich für den Sommer rechtzeitig mit allem Notwendigen versorgt. Aber es gibt neben diesem noch so viel Nützliches und Angenehmes zu kaufen, daß veranstaltete Ausverkäufe

immer ganz besonders gewünschte Gelegenheiten zur Deckung des Bedarfes an letzteren beiden bieten.

Nun wird die rechnende Frau nur ungern außer dem Notwendigen auch noch das Nützliche und Angenehme erstehen wollen und sich damit betören, daß auch dafür wieder einmal eine Zeit kommen werde, wo diese beiden nicht unumgänglich notwendigen Einkäufe gemacht werden können. Aber dann kommen die Ausverkäufe und bringen die besten Vorläufe ins Wanken, steigern die Begehrlichkeit nach diesen beiden derart, daß schließlich der vorhandene Warenbestand geprüft und doch zum erst nicht gewollten Einkauf gezwungen wird.

Nützliches und Angenehmes außer dem Notwendigen an Bedarf, wird in heutiger Zeit namentlich gern in den Indentur- und „Saison-Ausverkäufen“ gedeckt. Verstaubte, angegrünete Wäsche, in den Farben durch Auslegen im Schaufenster etwas verblaßte Kleidungsstücke, der Mode zu stark unterworfenen Hüte, Handschuhe und ähnliche Stücke, die man „eigentlich gar nicht brauchte“, werden in diesen Ausverkäufen gern erstanden, weil die Geschäfte, um die Käufer für neue Waren zu räumen, meist recht erhebliche Herabsetzungen des Preises vornehmen.

Daheim erweist sich dann vielfach der Kauf von Nützlichen und Angenehmen, trotzdem er der rechnenden Hausfrau in ihrer Unschlüssigkeit vor dem Kaufe fast überflüssig erschien, doch häufig als recht zweckmäßig. Nehmen wir z. B. an, das Nützliche half eine Lücke füllen, die immer wieder füllbar wurde und das Angenehme hilft im Heim Behagen schaffen und noch mehr wie bisher, an dieses fesseln, sei es den Mann, sei es die erwachsenen Kinder, oder gar die Hausfrau selbst. So kann auch der Kauf eines scheinbar völlig überflüssigen Dinges letzten Endes doch ein außerordentlich „guter Griff“ gewesen sein, der nun, nachdem er getan wurde, schließlich nur noch das eine Bedauern in der Hausfrau weckt, nicht schon viel früher dazu entschlossen gewesen zu sein.

Das Notwendige des Einkaufes wird sie jedenfalls unbedenklich um die verschiedenen Ausverkäufe doch immer wieder zu bewerkstelligen suchen und lieber an Vergnügen und Zeitverteilungen sich selbst und ihrer Familie Einschränkungen auferlegen, um sie vornehmen zu können. Beim Einkauf von Nützlichen und Angenehmen zur Zeit der Ausverkäufe wird sie aber, wenn sie ihre Besonnenheit bewahrt, trotz größter Verlockung und starkem Anreiz zum Kauf, doch immer Jenes ausschalten, für das sie tatsächlich in absehbarer Zeit keine Verwendung hat.

Vermischtes.

Zwangspensionierung eines Oberbürgermeisters. In einer Sitzung der städtischen Kollegien in Minden beschloß die Stadtverordneten, angelehnt an die katastrophale Finanzlage der Stadt, den Posten eines der beiden Bürgermeister zu streichen. Im Anschluß daran wurde eine Bürgermeistereiwahl vorgenommen. Der bisherige zweite Bürgermeister Dr. Diekmann erhielt die Mehrheit; Oberbürgermeister Dr. Becker wird zwangsweise pensioniert. Die zwölf Stadtverordneten der beiden Rechtsparteien verließen auf diesen Beschluß hin den Sitzungssaal.

Boulevard einer Gemeinde. Aus Gelsenkirchen wird berichtet: Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinde Kottbuschen sind so trostlos, daß sich Kottbuschen nur noch bis zum 1. Oktober über Wasser halten kann. Da mehrere Gemeinderatsitzungen, in denen der Haushaltsplan beraten werden sollte, beschlußunfähig waren, hat nach dem Gesetz die Aufsichtsbehörde jetzt die Zwangsauflösung vorzunehmen; mit anderen Worten: Kottbuschen kommt unter Kuratel.

Den Neffen erschlagen. Im Dorfe Jeggel in der Altmark tötete der Bauer Schmidt seinen neunzehnjährigen Neffen. Er erschlug den Knaben und warf die Leiche in ein Wasserloch. Der Mord geschah, weil der Täter den Knaben noch bis zum 15. Lebensjahr zu erhalten hatte.

Todesprung einer Schwimmerin. Ebdell verunglückt ist in der Blegnitzer Militärbadanstalt die berühmte schwedische Schwimmerin Fräulein Klette. Bei einem Abstieg sprang sie mit dem Kopf so heftig auf dem Grund auf, daß der Tod sofort eintrat.

Großer Diebstahl von Kunstgegenständen in München. In der Nacht drangen noch unermittelte Diebe in einem am Karolinen-Platz 2 in München befindlichen Antiquitätenhändler von Karl Bachstätter ein, der sich zur Zeit in Holland befindet, und nahmen wertvolle Antiquitäten, Goldschmuck, mittelalterliche Goldschmuckarbeiten, Augsburgische Krüge, ferner wertvolle Oelgemälde, wie Bilder von E. Briso, ein Bild, darstellend eine Felsenburg im Meer von Wilson, goldene Miniaturen und anderes im Gesamtwert von fünf Millionen Mark.

Furchtbare Eisenbahnkatastrophe. Der Feldhüter Hilfer in Landsberg/Warthe wurde von dem former Karas, der mit seiner Frau ein Verhältnis unterhielt, erschossen. Die Frau wurde lebensgefährlich verletzt. Karas konnte verhaftet werden.

Die Mache des Ausquartieren. Aus Mietsstreitigkeiten schloß der Vorbesitzer eines Grundstücks in Landsberg a. d. Warthe Dästerhöft, der ausziehen sollte, von seiner Wohnung aus einer Doppelflinte auf den im Garten stehenden ehemaligen Kreisrat Rittmeister Freiherrn von Wittwig, mittelalterliche Ritter des bekannten von Wittwigs, und verletzte ihn an Hand und Stirn.

Wenn ein Dollarräuber festgenommen wird. Der Bankbote Gangloff in Hamburg ist kürzlich mit 5000 Dollar flüchtig geworden. Auf Grund des Steckbriefes gelang es nun der Svinemünder Polizei, den zwanzigjährigen Defraudanten zu verhaften. Gangloff hatte noch weit über 4000 Dollar in seinem Besitz, sobald er durch seine Tat der Bank, der er das Geld gestohlen hatte, noch Geld dazu verdient hat, da der Dollarräuber inzwischen auf über 500 geflüchten ist. Der Defraudant wurde von der Polizei nach Hamburg überführt.

Feuer auf einem holländischen Passagierdampfer. Der „Chicago Tribune“ wird aus Hoboken gemeldet, daß eine Feuer ausbrach und daß 658 Passagiere, die an Bord waren, das Schiff verlassen mußten. Bei 15

der Dampferdampfer wurden Bergflüchtungsgefahrungen festgestellt.

Der besetzte Fuchs. Von einem Fuchs, der sich an der Magenfülle des von ihm erbeuteten Wildes heraufschickte, wird im „St. Hubertus“ erzählt. Der Berichterstatter hatte schon mehrmals beobachtet, daß im Fangeisen erlegte Füchse stark nach Wein rochen, besonders wenn man auf den Magen drückte. Er fand nun eines Tages einen Fuchs, der zusammengerollt, die Nase zwischen den Vorderläufen, da lag und schlief, obwohl nicht weit davon Arbeiter sehr viel Körner machten. Als der Jäger nahe an ihn herankam, brannte er ihm eins auf und stellte sofort einen deutlichen Weingeruch fest. Nicht weit davon lag eine Birkenne, von der der Fuchs ein Stück verzehrt hatte. Auch von diesem Mas ging ein Weingeruch aus, der sicherlich davon herrührte, daß die verschlungenen Beeren, die die Henne verzehrt hatte, im Magen gegoren waren. Der Fuchs hatte sich also durch das Verzehren des Mageninhalts der Henne loszulegen betrunken und war daraufhin eingeschlafen. Man fand bei der Zerlegung, daß der Fuchs eine Masse von diesem Zeug gefressen hatte, und auf diese Weise erklärte es sich, warum manchmal Füchse so fest schlafen.

Mißbräuchliche Benutzung von Eisenbahn-Zeitkarten. In letzter Zeit mehrten sich die Fälle, in denen wegen mißbräuchlicher Benutzung von Fahrkarten zu ermäßigten Preisen gerichtliche eingeschritten werden muß. Im Interesse der Reisenden erscheint deshalb der Hinweis darauf notwendig, daß Zeitkarten, Schüler- und Arbeiterfahrkarten, sowie Schülerferienkarten nicht übertragbar sind. Bei den Monatskarten, Schülermonatskarten, Wochenkarten müssen die Karten selbst, bei den Schüler- und Arbeiterfahrkarten müssen die auf vorgeschriebenem Muster zu stellenden Anträge, die der Reisende auf Verlangen jederzeit vorzuweisen hat, vor der Benutzung mit Tinte oder Tintenstift unterschrieben sein. Vor- und Familiennamen müssen ausgeschrieben werden; es muß außerdem bei den Schülerferienkarten die mit Lichtbild versehenen Ausweise die Unterschrift des Reisenden tragen. Die Karte darf nur von einer Person benutzt werden und zwar von derjenigen, die unterschrieben hat. Mißbräuchliche Benutzung solcher Fahrkarten wie auch Verwendung von Anträgen durch Nichtberechtigte hat neben Einziehung und erhöhter Fahrgeldnachzahlung unter Umständen gerichtliche Aburteilung zur Folge.

Das Schlagahne-Herstellungsverbot. Es ist bekannt, daß das Verbot der Herstellung von Schlagahne nicht genügend beachtet wird, und daß vor allem in Kaffees und Feinbäckereien der Kurorte und Fremdenplätze Schlagahne verabreicht wird. In einer amtlichen Pressemitteilung wird dazu mitgeteilt, daß dieser Zustand nicht länger geduldet werden dürfe; die Behörden wurden deshalb angewiesen, erneut auf das Verbot der Herstellung von Schlagahne und der Bereitung von Waren unter Verwendung von Schlagahne hinzuwirken und den betreffenden Geschäften zu eröffnen, daß gegen Zuwiderhandelnde mit aller Schärfe eingeschritten und unter Umständen mit Schließung der Geschäfte vorgegangen wird. Die Gendarmerie und die Polizei wurden beauftragt, mit besonderer Schärfe darüber zu wachen, daß das Verbot Beachtung findet.

Austrittsbewegung aus den Kirchen. Seit Kriegsende nimmt die Zahl der Personen, die aus den Kirchen austreten, erheblich zu. Sie betrug bei der evangelischen Landeskirche in der Vorkriegszeit durchschnittlich 643 Personen im Jahr, stieg im Jahr 1919 auf 1334, im Jahr 1920 auf 2493. Ähnlich stark ist die Zunahme der Austritte bei der römisch-katholischen Kirche, aus der in der Vorkriegszeit durchschnittlich 652 Personen im Jahre ausgetreten sind. Diese Zahl stieg 1919 auf 1068, im Jahr 1920 auf 1881. Der Hauptanteil der Kirchenaustritte entfällt bei beiden Kirchen auf die großen Städte wie Mannheim, Karlsruhe, Freiburg usw. So stark auch die Zunahme der Austritte seit Kriegsende war, so muß doch nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes diese Austrittsbewegung in Baden im Vergleich zu anderen Ländern als außerordentlich gering betrachtet werden.

Zusammenstoß. Man meldet aus Madrid, daß in unmittelbarer Nähe der Stadt Balenzia der Expreszug von Cadix mit einem Postzug zusammengestoßen ist. Man zählt bisher 35 Tote. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß. Unter den Toten soll sich ein Senator und ein Abgeordneter befinden.

Explosionsunglück in Cuxhaven. Dienstag nachmittag ist das Minendepot Groden bei Cuxhaven in die Luft geflogen. Nach einer weiteren Meldung sind seit nachmittags 5 Uhr kaum irgendwelche Verbindungen mit dem Telegraphenamte Cuxhaven erreicht worden. Eine unmittelbare Gefahr weiterer Explosionen hat um diese Zeit nicht mehr bestanden. Der Befehl zur Räumung der Stadt ist vorläufig zurückgezogen. Aus Brunsbüttel wird gemeldet, daß nach Erzählungen eines Lotsen dieser um 2 1/2 Uhr beim Vorüberfahren an Cuxhaven an mehreren Stellen Explosionen beobachtet hat. Der Eisenbahnverkehr mit Cuxhaven ist unterbrochen. In der Stadt Cuxhaven sind sämtliche Fensterscheiben zertrümmert. Die Zahl der bisher gemeldeten Toten ist sehr gering. Im Depot wurde bisher nur ein Toter gefunden. 4 sind noch nicht gefunden. Im Krankenhaus sind 13 Schwerverletzte und 34 leicht Verletzte. Außerdem sind etwa 100 Personen verletzt, die sich in Privathäusern befinden. Unter den Leicht-Verletzten befindet sich auch ein Entente-Offizier. Kurz vor der Explosion hatte eine Durchsuchung durch eine Entente-Kommission stattgefunden. Der Schaden ist sehr groß und geht in die Millionen. Etwa 20 Häuser müssen vollständig umgebaut werden. Ueber die Ursache der Explosion ist noch nichts Genaues bekannt.

Anschlag auf einen Waffragler. In Bantorf (Delft) wurde der Waffragler Leo Schmitz in der Nacht von 4 Männern in seinem Bett überfallen und mit Knäpeln erschlagen. Die Räuber plünderten nach der Tat die Wohnung und warfen die Leiche zum Fenster hinaus. Die Banditen sind unbekannt entkommen.

Autounfall. Als sich am Sonntag der Präsident des Schiedsgerichtshofes für Oberschlesien, Professor Kadenbeck, mit seinen Eltern und in Begleitung des deutschen Generalkonsults Hermann im Auto nach Katowitz begab, fing das Auto vor der Stadt Feuer und stand in kurzer Zeit in Flammen. Die Insassen konnten sich, ohne Schaden zu nehmen, retten.

